

RUNDER TISCH ASYL BISHOLDER & GÜLS

Expertenanhörung betr. der Situation von Flüchtlingen/Asylbewerbern in Koblenz Sondersitzung des Stadtrates am 6.März 2015

Redebeitrag Pfarrer Andreas Miksch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates!

In Ergänzung der schriftlichen Stellungnahme des Runden Tisches Asyl Bisholder und Güls und auch seitens der Evangelischen Kirche in Koblenz möchte ich zwei Themen besonders betonen:

1. Unterbringung

Die bisherige Linie der Stadt, Flüchtlinge möglichst in normalen Wohnungen unterzubringen und Großunterkünfte wie anderenorts zu vermeiden ist sicherlich richtig. Andererseits kann es für Alleinlebende wichtig und hilfreich sein gemeinschaftlich zu wohnen.

An verschiedenen Stellen in der Stadt haben wir nun Wohnsituationen, die de facto Gemeinschaftsunterkünfte sind, auch wenn die „Wohngelegenheiten“ einzeln vermietet werden. Auf die zum Teil unhaltbaren Zustände und die für die Flüchtlinge undurchschaubare Mietsituation wurde beim Fachgespräch am vergangenen Freitag wiederholt hingewiesen.

Auf notwendige Mindestkriterien bei Gemeinschaftsunterkünften wird allenthalben überall verwiesen. Beispielhaft verweise ich auf ein Positionspapier der Diakonie Deutschland vom vergangenen Sommer, das ich gerne zur Verfügung stelle.

Wir halten die Stadt Koblenz für in der Pflicht auf die Einhaltung von Mindeststandards in der Unterbringung zu achten und zu sorgen.

Eine Möglichkeit sehen wir, wie schon am Freitag vorgetragen, in der Übernahme der Mietverhältnisse der Unterkünfte durch die Stadt. Nebenbei würde dies für manche Vermieter auch eine größere Rechtssicherheit bedeuten, da sie dann einen verlässlichen Vertragspartner haben.

2. Medizinische und psychotherapeutische Versorgung

Die medizinische Versorgung ist für Asylsuchende nach den Vorschriften des AsylbLG nur eingeschränkt möglich und mit bürokratischen Hürden verbunden.

Neben den Erkrankungen, die uns alle gleichermaßen ereilen können, sind aber viele der Zuflucht Suchenden seelisch belastet und beeinträchtigt.

Je mehr Flüchtlinge zu uns kommen, desto mehr Menschen bedürfen psychotraumatologischer Hilfe.

Schon jetzt ist die psychotherapeutische Versorgungssituation in unserem Umkreis angespannt. Es gibt lange Wartezeiten bei der Behandlung.

Zudem erfordern die seelischen Störungen von Kriegsflüchtlingen z.B. besondere Behandlungsformen.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir in Koblenz mit dem Bundeswehrzentral Krankenhaus eine Einrichtung haben, die über professionelle Erfahrung im Umgang mit Schwersttraumatisierten verfügt. Dies wäre vielleicht ein Anknüpfungspunkt.

Andere Städte verfügen bereits über spezielle Einrichtungen, so z.B. Düsseldorf mit seinem Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge (www.psz-duesseldorf.de).

Viele Fragen in der Asyl- und Flüchtlingsproblematik werden nicht auf der kommunalen Ebene entschieden, sondern in Brüssel, Berlin und Mainz. Aber hier bei uns vor Ort wird gelebt.

Wie bringen als Bürgerinnen und Bürger der Stadt unseren Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte ein. Wir bitten den Stadtrat und die Stadtverwaltung um Unterstützung und furchtlose Tatkraft.

Vielen Dank !